

Dresdner Volkszeitung

Postkassentel.: Dresden,
Maden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl.:
Gebr. Arnhold, Dresden

Abonnementpreise: einjährlich 12.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 30.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25.00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit: 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 6spaltige Reklamazeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Briefmarkenlegung 60 Pf.

Nr. 35

Dresden, Freitag den 10. Februar 1922

33. Jahrg.

Der Kanzler über den Streik

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Am Donnerstag hielt der Reichstag seine erste Sitzung nach dem Eisenbahnerstreik ab. Das Haus war nicht voll besetzt, da es trotz Wiedereröffnung des Verkehrsdienstes vielen Abgeordneten noch nicht möglich gewesen war, die Stätte der Gesetzgebung zu erreichen.

Nach einer etwa einstündigen Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning vertagte sich das Haus auf den nächsten Tag. Am Freitag spricht zunächst der Reichsverkehrsminister Groener, nach ihm unser Genosse Weis.

Kommunisten und Unabhängige witterten hinter der Vertagung verdächtige Gründe und ließen gegen sie Sturm. Sie meinten nach der Rede des Reichskanzlers müßten gleich auch sie als „die andre Seite“ gehört werden. Dem wurde ganz richtig entgegengehalten, daß die Rednerliste, wie üblich, nach Fraktionsstärke festgesetzt sei, so daß sie doch erst am nächsten Tage zu Worte kämen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hätte an sich gar nichts dagegen gehabt, wenn die Debatte sofort weitergeführt worden wäre. Auch ihr kam der Vertagungsantrag überaus lieb. Und zwar ging auch diesmal wieder die Ueberwindung von der Deutschen Volkspartei aus. Diese merkwürdige Partei weiß wieder einmal nicht, ob sie Fisch oder Fleisch, Männchen oder Weibchen ist und wünscht, über diese Frage noch einen Tag nachdenken zu können. Am Tage vor der Debatte hatte das Blatt von Stinnes, die Deutsche Allgemeine Zeitung, angekündigt, daß die Volkspartei der Regierung die schärfste Opposition machen werde. Der linke Flügel aber will, daß es damit nicht zu arg werden soll, weil man ja doch nicht wissen kann, wie die Geschichte weitergeht. Darüber also neue Fraktionsberatung.

Es ist parlamentarisches Gewohnheitsrecht, daß verlagert wird, wenn eine große Partei es fordert. Jede Partei kann schließlich in die Lage kommen, nach einer Regierungserklärung, erst beraten zu müssen, wie sie sich zu ihr stellen soll.

Aus diesem Grunde und aus keinem andern hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Vertagung zugestimmt.

Die Rede des Reichskanzlers enthielt, wie nicht anders zu erwarten war, gegen die Urheber des Eisenbahnerstreiks einige Schärfe. Dieser Streik ist ja auch von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratischen Partei aufs entschiedenste verurteilt worden. Im einzelnen gebrauchte der Reichskanzler, namentlich wenn er von einer „Revölte“ und von einer „Aufbruchbewegung“ sprach, Ausdrücke, die auch von vielen sozialdemokratischen Abgeordneten als zu stark empfunden wurden.

Wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wie zu erwarten ist, dennoch eine Billigung der Regierungserklärung ausspricht, oder wenigstens ihre Mißbilligung ablehnen wird, so geschieht das darum, weil nicht über einzelne Ausdrücke und Nebenbemerkungen abgestimmt wird, die ein temperamentvoller Redner auf der Regierungsbank gebraucht hat, sondern über die Frage, ob die Regierung im Amt bleiben soll oder nicht. Würde die Regierung Brüning gekürzt, so wäre das nicht nur aus außenpolitischen Gründen ein Unheil, sondern es würde dadurch das gerade Gegenteil von dem erzielt, was auch die äußerste Linke will. Nachfolgerin könnte nur eine rein bürgerliche Regierung werden, die mit den Führern des Eisenbahnerstreiks noch ganz anders umspringen würde als die Regierung Brüning.

Es kommt nicht darauf an, ob einem dieses oder jenes Wort gefällt, sondern darauf, daß die unheilvollen Folgen, die dieser Streik für die Beamten haben mußte, auf ein geringes Maß beschränkt werden, daß keine Rache- und Bosheitspolitik getrieben wird. Dafür will die Sozialdemokratische Partei eintreten, so sehr sie auch diesen Streik an sich mißbilligt.

Darum will die Sozialdemokratische Partei auch nicht die „Mißregelung“ der Eisenbahner oder den Streik ihrer leitenden Personen, die mit ihren Maßnahmen und der Wahl ihrer Ausdrücke vielleicht nicht immer ganz glücklich waren, die aber im großen Ganzen doch nichts anderes getan haben als ihre Pflicht.

Wohnungsbauprogramm und Gewerkschaften

Von A. Ellinger

Das Fehlen eines großzügigen amtlichen Programms zur Ueberwindung der immer größer werdenden Wohnungsnot hat bekanntlich vor mehr als Jahresfrist die deutschen Gewerkschaften veranlaßt, sich selbst um die Lösung der Wohnungsfrage zu bemühen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat damals, zusammen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge für eine gesetzliche Neuregelung des gesamten Wohnungswesens auszuarbeiten sollte. Die Kommission hat ihre Arbeit im Sommer vorigen Jahres beendet. Als ihr Ergebnis legten der A. D. G. B. und die Afa dem Reichstag Richtlinien vor, in denen die Vergesellschaftung des gesamten Mietwohnungswesens gefordert wurde.

Der Grundgedanke, der dem Gesetzesvorschlag der Gewerkschaften zugrunde lag, war der, daß alle Benutzer von Wohnräumen für die Erhaltung und Verwaltung des vorhandenen Mietwohnbestandes wie auch für den Bau der erforderlichen Neuwohnungen gemeinsam haftbar sein sollten. Den heutigen Hausbesitzern sollte die Sorge um die Verwaltung und Instandhaltung ihrer Häuser von Selbstverwaltungsfördervereinen (Hauskassen, Wohnungserverbänden ufm.) abgenommen werden. Das Eigentum an den Häusern sollte gegen eine dem Wert der Häuser in der Vorkriegszeit entsprechende Rente ebenfalls auf die Selbstverwaltungsförderer übertragen werden.

Im Wohnungsansatz des Reichstages (Unteranschluß) sind die Vorschläge der Gewerkschaften — denen auch die beiden sozialistischen Fraktionen ihre Zustimmung gaben — in wochenlangen Beratungen unter Mitwirkung von Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeiterverbände eingehend erörtert worden. Leider wurden schließlich von den Vertretern der bürgerlichen Parteien, der Unternehmer und der christlichen Gewerkschaften gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien und der Vertreter der freien Gewerkschaften abgelehnt.

Abgesehen von der grundsätzlichen Neuregelung der Wohnungsfrage hatten die Gewerkschaften auch Vorschläge zu einem verstärkten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 gemacht. In diesen Vorschlägen war die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von 200 000 neuen Wohnungen jährlich vorgegeben. Die Mittel sollten nicht durch Anleihen beschafft werden, um unter Volk nicht noch mehr in Zinsknechtschaft zu fügen, als es ohnehin schon der Fall ist; sie sollten vielmehr in vollem Umfange aus der Wohnungswirtschaft selbst angebracht werden. Als Kapitalquellen wurden unter anderem vorgeschlagen: die Erhöhung der Geldwerte, die sich aus dem Abbruch alter Häuser des nichtsozialistischen Bestandes, der Anschließung neuer Rohstofffelder für Baustoffe usw. ergeben, ferner die stärkere Besteuerung der großen und der zu wenig ausgenutzten Wohnungen schließlich aber auch die Erhöhung der Wohnungsabgabe, unter der Voraussetzung, daß alle Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöhen, der der durchschnittlichen Mietsteigerung der Wohnungen entspricht. Von den aufkommenden Mitteln sollten mindestens 75 v. H. gemeinwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden zugeführt werden.

Auch um diese Vorschläge hat sich im Unteranschluß ein heftiger Streit entsponnen. Vertreter der Arbeitgeberverbände und Vertreter der bürgerlichen Parteien verlangten eine Wohnungspolitik, die es auch dem Privatkapital ermöglichen sollte, ohne öffentliche Zuschüsse wieder Wohnungen zu bauen. Diese Wünsche lehnten sowohl die Vertreter der Gewerkschaften, wie auch die Vertreter der sozialistischen Parteien einmütig ab, da sie in Wahrheit auf die Wiederherstellung des freien Spielfeldes der Kräfte, das heißt auf die Aufhebung der Mieterbeschützungsgebung und den Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hinauszielen. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen darauf hin, daß die Baukosten für Neuwohnungen etwa 15mal so hoch seien wie in der Vorkriegszeit — heute sind sie etwa 25mal so hoch — und daß Privatunternehmer ohne öffentliche Zuschüsse nur bauen könnten, wenn auch die Mieten um das Fünffache erhöht würden. Man kam schließlich darin überein, dem Reichstag und der Regierung die Bereitstellung von Zuschüssen für ein Bauprogramm von 200 000 Wohnungen jährlich und die Aufbringung der Mittel nach den Vorschlägen der Gewerkschaften zu empfehlen.

Das Plenum des Wohnungsanschlusses und der Reichstags selbst haben den Vorschlägen des Unteranschlusses im großen Ganzen zugestimmt, es aber abgelehnt, die Mittel für die Baukostenzuschüsse voll aus der Wohnungswirtschaft zu beschaffen. Man will wieder den Weg der Anleihen beschreiten. Das ist deshalb sehr gefährlich, weil damit die Mieterlast auf Jahrzehnte hinaus in die Zinsknechtschaft des Finanzkapitals gerät und im Laufe der Jahre das Doppelte betragen würde, was sie bei der direkten Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau zu zahlen hätte, ohne daß damit auf die Dauer die Mittel für den Wohnungsbau wirklich beschafft werden könnten.

Der Gesetzesentwurf den die Reichsregierung jedoch zur Finanzierung des Bauprogramms für das Jahr 1922 eingebracht hat, sieht die Erhöhung der Wohnungsabgabe von 10 auf 30 Prozent der Mietmiete vor. Man erwartet daraus eine Einnahme von drei Milliarden Mark. Da ein Bauprogramm von jährlich 200 000 Neuwohnungen etwa 3 Milliarden Mark jährlich im Jahre erfordert, so werden

Ein Vorstoß gegen das Wiesbadener Abkommen

Die französische Republikanisch-Demokratische und die Sozialistische Partei hatten eine Spezialkommission zur Prüfung des Abkommens von Wiesbaden gebildet, die jetzt nach einer Sammelreise dem französischen Minister für die besetzten Gebiete Charles Reibel ihre „recht beheldenen“ Wünsche vortrug:

Die Kommission glaubt, daß der fakultative Charakter, den man von beiden Seiten dem Wiesbadener Abkommen gelassen hat, die Gefahr mit sich bringt, ein Hindernis für seine Verwirklichung zu bilden, und daß es vielmehr nötig wäre, wenigstens was Deutschland betrifft, den fakultativen Charakter dieses Abkommens einzuschränken.

Im übrigen besteht der Wunsch, daß ein Kompensationsystem eingerichtet würde, kraft dessen die französische Produktion einen Teil der in Deutschland von deutschen ausländischen Kunden gemachten Bestellungen im Austausch für die deutschen Lieferungen an die verbandenen Gebiete erhalten würde. Die Kommission drückt den Wunsch aus, daß die Preise für die deutschen Lieferungen die deutschen Inlandpreise sein sollten und daß die Zölle, die darauf gelegt würden, in der Weise berechnet würden, daß diese Preise mit den Transportkosten zusammen auf die Höhe der französischen Marktpreise gebracht würden.

Reibel dankte der Kommission für ihre Erklärungen und sagte ihr seine Intention und die der Regierung ausführlich dar, wobei er seinen Willen kundgab, die Wünsche der Geschädigten und der nationalen Industrie ernstlich in Betracht zu ziehen.

Diese Wünsche der Spezialkommission lauten auf nichts mehr und nichts weniger hinaus, als das Wiesbadener Abkommen aller Vorteile und Sicherungen zu entkleiden, die uns gewährt wurden zum Ausgleich für die darin enthaltenen Lasten und Verpflichtungen, die zum Teil weit hinausgehen über die des Versailler Vertrages. Der Wiesbadener Vertrag gibt Frankreich zwar das Anrecht auf die Lieferung bestimmter Waren innerhalb einer festgesetzten Frist (Opportunität), aber dieses Recht war nach zwei Richtungen beschränkt:

Erstens müssen die von Deutschland gelieferten Waren tatsächlich für Wiederaufbauzwecke benutzt werden und dürfen nicht etwa über Frankreich auf den Weltmarkt fließen und dort die Konkurrenz noch verderben, zweitens braucht Deutschland nur solche Waren zu liefern, die mit untern Produktionsmöglichkeiten und Konsumnotwendigkeiten im Einklang stehen.

Diese unbedingt notwendigen Sicherheiten will man aushebeln.

Weiter erstreckt die Kommission ein Kompensationsystem — sie nennt das sehr schön: „eine Art wissenschaftlicher Kooperation (Zusammenarbeit) zwischen den Industrien der beiden Länder“ — welches darin besteht, daß Deutschland außer den Sachlieferungen auch noch Auslandsaufträge an Frankreich vergibt. Daß die Kom-

mission hier in sehr durchsichtiger Weise die Interessen der französischen Industrie vertritt, wird auch der Windeste erkennen.

Als letztes wünscht die Kommission, daß die deutschen Inlandpreise nicht wie bisher als Minimalpreise, sondern als Preise überhaupt festgesetzt werden. Auch das bedeutet ein weitere unüberwindbare Belastung Deutschlands.

Es wird abgewartet werden, inwiefern die französische Regierung sich diese Wünsche der französischen Unternehmer zu eigen macht. Jedenfalls lehnen wir schon heute diese völlig einseitige Abänderung des Wiesbadener Vertrages entschieden ab. Um so mehr, da ein solcher Vorstoß die ersten Schritte einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die uns das Wiesbadener Abkommen brachte, wieder vernichten würde.

Gröner im Reichstage

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. Februar. 1 Uhr 20 Minuten eröffnete die Sitzung. In der Debatte über die Regierungserklärung erhebt Reichstagspräsident Gröner das Wort. Nach der gestrigen scharfen Rede des Reichskanzlers, die nur dadurch eine Abmilderung erfahren hat, daß schon am Mittag die Verhandlung des Reichstages wieder aufgehoben worden war, werten die Ausführungen Grönners milde. Er befaßt sich mit der rein sachlichen Materie, voll das ganze Bild vor und während des Streiks auf, dankt der Technischen Röhre und den Eisenbahner in Süddeutschland dafür, daß sie Deutschland vor der Hungersnot durch die Beschränkung und nicht durch die Aufhebung der Beschränkungen der Reichsgewerkschaft ein in wesentlicher Anlehnung an die Ausführungen des Reichskanzlers. Er sucht dann den Referentenentwurf seines Ministeriums zu rechtfertigen und erklärt, daß die Reichsregierung bereit ist, in ausführlichen Beratungen mit den Eisenorganisationsformen über das Arbeitszeitgesetz einzutreten.

Er kommt dann auf die Verordnung des Reichspräsidenten zu sprechen. Ein Urteil über ihre Wirksamkeit gibt er allerdings nicht ab, das ließe sich erst fällen, wenn die Rechte der einzelnen Funktionen eingeleitet seien. Zur Frage der Disziplinarverfahren vertritt er nochmals, daß Maßnahmenregelungen dadurch verhindert werden seien, daß die Disziplinarverfahren im Rahmen der bekannten Richtlinien vor ordentlichen Gerichten geführt werden. Ueberaus gering ist die Zahl der Disziplinarverfahren. Die meisten Fälle werden von der Regierung und dem Reichstag aufgenommen. Eine Obergrenze ist an die Zahlen gemessen worden, ein paar Zahlen sind festgestellt worden.

Mit Weidmann stellt er fest, daß die nicht stützenden Beamten, die Verordnungen, die Technische Röhre zu unterstützen, nicht gehalten haben. Ebenso weist er darauf hin, daß einzelne Landesregierungen sich lange widerlegt hätten, die Technische Röhre einzusetzen. Bei Schluß seiner Ausführungen spricht er den Wunsch aus, daß in Zukunft die gesamte Beamtenschaft sich mit dem Geschick der Reichsregierung und des Reiches eng zusammenfühlen möge.

Reichstagspräsident Gröner verbindet zwei Anträge der Kommunisten, von denen der eine ein Mißtrauensvotum wegen der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und der andere die Freigabe der beschlagnahmten Streikgeißel der Verhafteten ist. Nach ihm erhält für die Sozialdemokratische Partei Weis das Wort. (Bei Schluß der Debatte dauert die Sitzung an.)

lung
grasse
allestraße
ngen
antlich
ks-
mittel
ei sein?
e Dauer nach-
ei von solchen
auschreiben für
nig
St. März 1922
en!
00 USW.
00 USW.
00 USW.
95.00
00 USW.
00
00 USW.
75 USW.
00
00
7.50
00 USW.
00 USW.
00
Y. USW.
chals
er
Hals-
errätig,
genährt
ndbar.
se
el terre 3/m
schnecken
meco anstalt
Off unt. 130
Alte 106.34
völlene
impfe
Schöber
3. Jumper
Strickfäden
:tr. 40
terio
Über-
Anzüge
b. Wollstoffe
schön
el. Berlin
s. vertausch
gaffe 9.1
auf del
ercent!